

## Risiko

*Bischöfe beginnen einen Konsultationsprozeß zur Erstellung eines Wortes zu sozialen Fragen*

Der Hildesheimer Bischof *Josef Homeyer* ist nicht nur in seiner Diözese dafür bekannt, daß er auch Wege geht, die zu gehen ein gewisses Risiko bedeutet, weil noch nicht bis in alle Einzelheiten klar ist, wo der Weg eigentlich hinführt. Ohne diese persönliche Eigenschaft des Vorsitzenden der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (Kommission VI) der Deutschen Bischofskonferenz, der Homeyer auch ist, wäre es zum neuesten Projekt der Kommission wohl nicht gekommen: Diese hat sich entschlossen, ein Bischofswort zu den aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Problemen in Deutschland zu erstellen. Das Plazet der Deutschen Bischofskonferenz hat Bischof Homeyer, selbst wenn bei manchem Mitbruder die eine oder andere Frage in bezug auf das Unternehmen durchaus fortbesteht.

Zwei Ziele leiten den Bischof von Hildesheim: Zum einen sieht er die westlichen Länder, gerade auch die Bundesrepublik Deutschland, gegenwärtig in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht auf eine gefährliche Krise zusteuern. In dieser Situation richteten sich, so Bischof Homeyer, auch manche Erwartungen an die Kirchen. Diesen Erwartungen möchte er gerecht werden. Und dies soll seiner Vorstellung nach dadurch geschehen, daß Kirche „Dialogräume“ anbietet, in denen sich die am Dialogprozeß beteiligten Gruppen um Verständigung bemühen. Der kirchliche Beitrag zu dieser Auseinandersetzung soll eine doppelte Perspektive aufweisen: in der Perspektive des *Ganzen* und der *Bedürftigen bzw. Benachteiligten*.

Soweit zum inhaltlichen Ziel. Daneben zeigt sich Bischof Homeyer entschlos-

sen, dieses Bischofswort auf eine Art und Weise zu erstellen, die in Deutschland bisher noch nicht angewandt wurde, dafür aber von den US-amerikanischen Bischöfen mit ihren Hirtenbriefen zu Frieden (1983) und Wirtschaft (1986) mit einigem Erfolg, wenn auch nicht ohne Bedenken amtstheologischer Art derer, die sich um die unverwechselbare Verantwortung und Zuständigkeit der Bischöfe als obersten Lehrern der Kirche besorgt zeigten. In einem mehrstufigen Verfahren wurden in den USA Entwürfe zum eigentlichen Hirtenbrief zur Diskussion gestellt und so die kirchliche wie außerkirchliche Öffentlichkeit an der Erstellung dieser Äußerung der Bischöfe beteiligt.

In dem von Bischof Homeyer initiierten Prozeß haben unterdessen die *ersten Konsultationsschritte* stattgefunden: In den Räumen des Katholischen Büros trafen die Mitglieder der Kommission VI zunächst mit Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien zusammen – ausgenommen die PDS –, dann mit Gewerkschaften, Arbeitgebern und sozialen Organisationen. Schließlich kam man Ende Oktober in der Akademie „Die Wolfsburg“ in Mülheim (Ruhr) mit rund 160 Vertretern katholischer Verbände, diözesaner Organisationen und Experten der Katholischen Soziallehre zusammen.

Grundlage dieser Gespräche war ein erstes Thesenpapier. Es handelt sich dabei um ein in seinen sachlichen Vorschlägen wenig kohärentes, sich bei grundsätzlichen ethischen Fragestellungen nicht aufhaltendes Papier, das sich mit acht Themenfeldern befaßt: *Arbeit und Arbeitslosigkeit, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Ökologie, Weltwirtschaft, Armut* in der Wohlfahrtsgesellschaft, *Ehe und Familie* sowie *Bildung und Ausbildung*. Einige der Vorschläge deuten an, daß Bischof Homeyer auch nicht davor zurückschreckt, Thesen ernsthaft zu diskutieren, die in wirtschaftsliberalen Kreisen erfahrungsgemäß auf Ablehnung stoßen. Was davon dann letztendlich übrigbleiben wird, ist eine ganz andere Frage. Wie überhaupt man aus dem bisher vorliegenden Thesenpapier

keine allzu weitreichenden Schlüsse in bezug auf das ganze Vorhaben wird ziehen können.

Der genaue weitere Ablauf ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht bis ins Letzte absehbar. Das gesamte Projekt hat ohnehin bereits eine Geschichte hinter sich: Zunächst hatte das Bischofswort bereits im kommenden Frühjahr fertiggestellt sein sollen – es wurde jedoch schnell deutlich, daß dies von der Sache her nicht zu leisten, aber auch wegen des „Superwahljahrs“ 1994 eher ungünstig wäre. Die Bischöfe gingen auf ihrer diesjährigen Herbstvollversammlung noch davon aus, daß sie auf ihrer Frühjahrsversammlung einen ersten Entwurf behandeln werden. Ein Jahr später, also im Frühjahr 1995 könnte dann nach einer weiteren Etappe des Konsultationsprozesses die Endfassung verabschiedet werden. Ob es tatsächlich bei diesem Zeitplan bleiben wird und ob – wie verschiedentlich vorgeschlagen – sich auch die Evangelische Kirche noch an diesem Prozeß auf irgendeine Weise beteiligt, ist jedoch noch nicht absehbar.

Auf zweierlei wird es im weiteren Prozeß jedenfalls entscheidend ankommen: Ob man erstens eine im Rahmen dieses Konsultationsprozesses operationalisierbare und von der Sache her überzeugende, auf ein Kernproblem hin zentrierte Fragestellung findet. Denn – und das wurde gerade in Mülheim deutlich – eine Ausweitung der Fragestellung ins Hundertste und Tausendste würde letztlich das gesamte Unternehmen überfordern und zum Scheitern bringen. Als Kernthema bietet sich in dem Zusammenhang die Frage an, was es sozial und volkswirtschaftlich bedeutet, wenn sich auf absehbare Zeit Arbeitslosigkeit nicht als ein *vorübergehendes*, sondern als ein sich *dauerhaft verfestigendes* Phänomen darstellen sollte, das Ziel der „Vollbeschäftigung“ also im Grunde kein realistisches Ziel von Arbeitsmarktpolitik mehr sein kann.

Zum anderen wird viel davon abhängen, ob es den an der Erarbeitung des Bischofswortes Beteiligten gelingt, eine Äußerung zustande zu bringen, die es einerseits vermeidet, sich zwischen den

bekanntesten Flügeln in Politik, Wirtschaft, Kirche zu zerreiben, andererseits aber auch konkret genug wird, um nicht nur Allgemeinplätze zum Ausdruck zu bringen, denen die meisten zustimmen werden, die aber gerade deswegen auch wenig bewegen werden. Davon, ob dies gelingt, dürfte auch wesentlich die Frage abhängen, inwieweit die Kirche überhaupt noch in der Lage ist, sich mit einer für sie eigenständigen Rolle in den öffentlichen Diskurs über Fragen des Gemeinwohls einzuschalten. *nt*

## Gereift?

*Der Papst äußerte sich in einem Interview zu seiner und zur Rolle Osteuropas*

Was bisher Johannes Paul II. Journalisten ins Mikrofon oder in den Notizblock diktierte, ergab sich im wesentlichen bei den Kontakten, die er mit Medienvertretern auf seinen zahlreichen Flugreisen hatte. Hier gab er sich immer wieder recht leutselig und nahm die Gesprächspartner schon mit seiner Vielsprachigkeit für sich ein. Ansonsten wurden Interview-Wünsche unzähliger Journalisten im Vatikan abschlägig beschieden. Von diesem Prinzip wich der Papst nun jedoch ab. Dem italienischen Europaabgeordneten und Mitarbeiter der italienischen Tageszeitung „La Stampa“, Jan Gawronski, gewährte er das, was sich viele vor diesem gewünscht hätten (neben La Stampa veröffentlichten mehrere europäischen Zeitungen den Text; die deutsche Übersetzung erschien in: Die Woche, 4.11.93).

Nicht als ob in diesem Interview nun Seiten am Papst deutlich würden, von denen man bisher nichts gewußt hätte und die man nicht auch bereits aus seinen zahllosen Reden und Lehrschreiben herauslesen konnte. Dennoch ist die Diktion eines Interviews eben doch in vielem unmittelbarer und insofern auch noch einmal anders, als man es

aus Papstansprachen, Enzykliken und Mittwochspredigten kennt.

Nachrichtlich verbreitet wurden aus diesem Interview in vielen Zeitungen die trotz „Centesimus annus“ auf viele überraschend wirkenden vergleichsweise nachsichtigen bis positiven Äußerungen über den Kommunismus. Johannes Paul II. zögert nicht, den „Erfolg“ des Kommunismus in seiner Eigenschaft „als Reaktion auf einen bestimmten, ungezügelt, wilden Kapitalismus“ zu sehen. Mit Leo XIII. spricht auch dieser Papst durchaus von „Samenkörnern der Wahrheit“ in sozialistischen Programmen. Unter den „guten Dingen . . . , die der Kommunismus erreichte“ versteht er die Bemühungen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, die „Anteilnahme am Schicksal der Armen“.

Kommunismus und Kapitalismus, hierin den bekämpften Kommunisten zum Verwechseln ähnlich, gehören beim Papst in ihrer ethischen Bewertung aufs engste zusammen. Trotz aller Differenzierungsversuche zwischen unterschiedlichen Entwicklungsstufen bzw. „Mißbräuchen“ des Kapitalismus, die gerade auch in diesem Interview nicht fehlen – der allgemeine Eindruck kommt doch dem einer Äquidistanz des Papstes gegenüber Kapitalismus wie Kommunismus recht nahe. Die Formulierung „Ich fürchte, die Idee eines dritten Weges ist auch nur eine Utopie“ zeigt im Grunde, wie sehr – auch wenn er diese Vorstellung zurücknimmt bzw. relativiert – der Papst an sie glaubte und eigentlich bis heute glauben möchte. Dafür spricht auch, daß die Bejahung eines sozialpolitisch geläuterten Kapitalismus im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft auch in diesem Interview wiederum sehr zurückhaltend ausfällt.

Ansonsten gibt sich der Papst in dem Interview vor allem ausgesprochen verwurzelt im osteuropäischen bzw. polnischen Kontext. Mehr noch: Er sieht Osteuropa – und darin schließt er sich selbst mit ein – in einer geradezu missionarischen Aufgabe gegenüber dem Westen: Gefragt, wer denn in der gegenwärtigen Umbruchsituation zwischen Ost und West mehr gewinne, der

ehemals kommunistische Osten oder der entwickelte Westen, antwortet Johannes Paul II.: „Wir müssen darüber nachdenken, wer von beiden mehr zu verlieren hat: Ich möchte ohne Zögern behaupten, daß Osteuropa mehr verlieren könnte, weil Osteuropa durch all seine Erfahrungen, die ein totalitäres System ihm auferlegt hatte, gereift ist . . .“ Und weiter: „Im Osten wurde eine andere Dimension des menschlichen Geistes bewahrt.“

Von diesem, aus seiner Sicht, Vorzug der Menschen in Osteuropa zieht Johannes Paul II. gar eine direkte Verbindung zur Tatsache, daß vor nunmehr 15 Jahren ein polnischer Bischof zum Papst gewählt wurde und fügt hinzu: „Wenn ein Mann in einem programmatisch atheistischen System lebt, erkennt er klarer, was Religion ist. Er erlangt ein Bewußtsein von etwas, dessen sich die Menschen im Westen nicht immer bewußt sind: daß Gott die Quelle der menschlichen Würde ist . . . Ein Mensch im Osten wußte das, und die Gefangenen in den Gulags wußten das, Soltschenizyn wußte das. Im Westen sehen das die Menschen nicht so deutlich.“

Der Papst skizziert in dem Zeitungsgespräch das Szenario einer grundlegenden „Konfrontation“ zweier Welten, die sich gegenüberstehen: eines „ultraliberalen, konsumorientierten Systems . . . , dem alle Werte fehlen“, im Westen und eines durch die Verfolgung geläuterten und gereiften Osteuropa, als dessen Sprecher er sich sieht. Wenn die Lage in seinem eigenen Heimatland unübersichtlicher ist, als vor dem Hintergrund der genannten Mission Osteuropas ihm sinnvoll erscheint, ordnet er dies einer traditionellen Untugend der Polen zu: einem „übersteigerten Individualismus, der zur Zerstückelung und Aufteilung der sozialpolitischen Szene führt“. Rechtsstaats- und Demokratieprinzip, die Sicherung der individuellen Freiheitsrechte bleiben als werthaltige Grundlagen westlicher Gesellschaftsauffassungen ebenso unerwähnt wie als Zielpunkte der Entwicklung in den ehemals kommunistischen Ländern Osteuropas.

Die Überzeichnung der Rolle Osteuropas im Sinne einer missionarischen Son-